



dbb bremen - Kurs halten

Bild: Schlachte Kogge Weser / Krause 2

Vorwort



Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Wie beim Fußball so geht es uns auch in der Tarif- und Besoldungspolitik. Gerade haben wir auf Bundes- und Kommunalebene die Tarifverhandlungen abgeschlossen, stehen wir schon wieder am Anfang der Einkommensrunde 2017.

Diese werden mit den Branchentagen beginnen, in die u.U. auch der dbb bremen involviert sein wird.

Wichtig werden die Tarifabschlüsse diesmal auch wieder für die Verhandlungen über die Erhöhung

gen der Beamtenbesoldung in den Ländern.

Die Forderungsfindung für die Einkommensrunde 2017 erfolgt am 14.12.2016. Die weiteren Termine für die Tarifverhandlungen sind:

- Auftakt: 18. Januar 2017 in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin
- 2. Verhandlungsrunde: 30./31. Januar 2017 in Potsdam
- 3. Verhandlungsrunde: 16./17. Februar 2017 in Potsdam

Der Vorstand des dbb bremen hatte die Sommerpause genutzt und Gespräche mit Bürgermeister Sieling, dem SPD-Vorstand und der FDP geführt. Siehe hierzu auch Berichte in diesem Heft.

Der Dialog mit der Politik wird auch kontinuierlich fortgesetzt.

Ihr Jürgen Köster

Landesbundvorsitzender

Landesdienst: Einkommensrunde startet Anfang 2017

dbb Vize Russ trifft TdL-Chef Schneider



Foto: Jan Brenner

Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (links) in seiner neuen Funktion als Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) mit Willi Russ, dem Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb.

Der dbb Vize und Fachvorstand Tarifpolitik Willi Russ ist zu einem ersten Austausch mit Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider in dessen neuer Funktion als Vorsitzender der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengekommen. Im Mittelpunkt des Gesprächs am 29. August 2016 in Berlin stand u. a. die Vorbereitung der nächsten Einkommensrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder, die Anfang 2017 startet.

Die Gremien des dbb würden am 14. Dezember 2016 zur Forderungsfindung zusammentreten, kündigte Russ an, zuvor solle es wieder so genannte Branchentage mit Beschäftigten vor Ort geben, „die als aktuelles Stimmungsbarometer dienen“, so Russ.

Die Mitgliederversammlung der TdL hatte am 15. Juni 2016 mit Schneider den bisherigen zweiten Stellver-

treter des Vorsitzenden des Vorstands einstimmig zum neuen TdL-Chef gewählt. Er trat damit die Nachfolge von Finanzminister Jens Bullerjahn (Sachsen-Anhalt) an, der sich nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt aus der aktiven Politik zurückgezogen hatte. Erster Stellvertreter des Vorsitzenden ist weiterhin Sachsens Finanzminister Dr. Georg Unland, neuer zweiter Stellvertreter der Berliner Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen. Die TdL führt auf Arbeitgeberseite die Tarifverhandlungen über die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer der Bundesländer, ihr gehören alle Bundesländer mit Ausnahme von Hessen an.

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) Anfang 2017 werden insgesamt fast drei Millionen Beschäftigte betroffen sein: Rund 800.000 Arbeitnehmer der Länder (ohne Hessen), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie etwa 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, „um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten“, betonte dbb Tarifvorstand Russ.

Impressum

Redaktion:
D. Rybka
Kontorhaus
Rembertstr. 28
D-28203 Bremen

Fotos: dbb bremen, dbb bund, Marco Urban, Jan Brenner, Windmüller

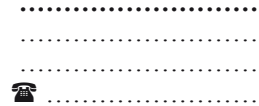
Herausgeber

Der **dbb** / report
wird von dbb-beamtenbund und tarifunion,
landesbund bremen, herausgegeben.

Telefon 0421 - 70 00 43
Telefax 0421 - 70 28 26
E-Mail: dbb.bremen@swbmail.de
Internet: www.bremen.dbb.de

Amtsangemessene Alimentation 2016

Wie in jedem Jahr stellen wir unseren Mitgliedern einen Musterwiderspruch zur Verfügung zur weiteren Verwendung. Nach dem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgericht vom 5. Mai 2016 erscheint es durchaus möglich, dass das Gericht in einem zweiten Schritt die Besoldung in der Freien Hansestadt Bremen für nicht amtsangemessen hält.



Performa Nord
Schillerstr. 1

28195 Bremen

.2016

Pers.Nr.

Betreff: Amtsangemessene Alimentation im Haushaltsjahr 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamte haben Anspruch darauf, dass ihre Besoldung entsprechend den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung regelmäßig angepasst wird. Dadurch soll dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation Rechnung getragen werden, welcher dem Beamten die rechtliche und wirtschaftliche Unabhängigkeit sichern und einen seinem Amt angemessenen Lebenskomfort ermöglichen soll.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 5. Mai 2015 für drei Rechtskreise und nur für die Berufsgruppe der Richter eine Entscheidung zum Inhalt und Mindestmaß einer amtsangemessenen Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 GG getroffen. Dabei wurden drei Prüfungsstufen mit konkreten Kriterien für die Bemessung einer verfassungsgemäßen Alimentation benannt. Weiterhin hat das Bundesverfassungsgericht am 17.11.2015 (Az. 2 BvL 5/13) einen Beschluss zur A-Besoldung getroffen. Das Bundesverfassungsgericht stellt zunächst fest, dass es an den von ihm bei den für die sog. R-Besoldung entwickelten ableitbaren und volkswirtschaftlich nachvollziehbaren Parametern festhält und anhand dessen die grundsätzliche verfassungsgemäße Ausgestaltung der Alimentsstruktur und das Alimentsniveau überprüft, da diese Kriterien wegen desselben verfassungsrechtlichen Beurteilungsmaßstabes des Art. 33 Abs. 5 GG unzweifelhaft übertragbar ist.

Das Verwaltungsgericht Bremen hat am 17.05.2016 in mehreren Verfahren (6K 83/14; 6K 170/14 u. a.) Vorlagebeschlüsse zum Bundesverfassungsgericht getroffen. Das Bundesverfassungsgericht möge feststellen, ob die Alimentation in der Vergangenheit in Bremen verfassungsgemäß gewesen sei.

Zwar wurde der Tarifabschluss 2015 / 2016 inhaltsgleich übernommen, aber der bisher bestehende Besoldungs- bzw. Versorgungsrückstand aus den letzten Jahren nicht ausgeglichen.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Land Bremen unterstützen mehrere Musterverfahren zur amtsangemessenen Alimentation der Beamten. So auch der Deutsche Beamtenbund, dessen Musterverfahren beim Verwaltungsgericht Bremen unter den Az. 6K136/14, 6K137/14 und 6K138/14 anhängig sind. Die Senatorin für Finanzen hat gegenüber den Gewerkschaften erklärt, dass für den Fall, dass Musterklagen betrieben werden, die übrigen Anträge und Widersprüche ruhend gestellt würden und gleichzeitig die Freie Hansestadt Bremen insofern auf die Einrede der Verjährung verzichten würde. Die Antragsteller und Widerspruchsführer würden so behandelt wie die Kläger der Musterverfahren.

Ich beantrage daher, den bestehenden Besoldungs- bzw. Versorgungsrückstand auszugleichen.

Im Hinblick auf die Musterprozesse wird gebeten, diesen Antrag bis zum Abschluss der vorbenannten Verfahren nicht zu bescheiden, sondern das Verfahren unter Verzicht auf die Einrede der Verjährung und Verwirkung ruhend zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Bremen, dir laufen die Lehrer weg!

„Geld ist nicht alles,
aber manchmal doch entscheidend“, sagt



Bild: dbb bremen

Peer Sieveking, 1. Vorsitzende des Bremer Philologenverbandes und Personalrat an Bremer Schulen. Es zeugt eben auch von der Wertschätzung, die ein Bundesland Bremen seinen Lehrern entgegenbringt. Für viele junge Lehrer ist dies ein besonders wichtiges Argument, Bremen zu verlassen. Deshalb wandern immer wieder Lehrer und Referendare in andere Bundesländer ab, vor allem gerne auch ins nahe Niedersachsen. Mehrere Hundert Euro – so groß kann die Lücke zwischen den Nettogehältern von Lehrern in Deutschland sein. Der Grund liegt insbesondere darin, dass jedes Land die Bezahlung seiner Beamten in Eigenregie regelt. Dazu die Konkurrenz aus anderen Bundesländern. Auch von denen, die schon in Bremen unterschrieben haben, werden einige den Dienst nicht antreten, wenn sie anderswo noch eine Stelle bekommen. So kann man überspitzt sagen, das Bremen oft als Lückenbüßer dient. Fast überall werden Lehrer besser bezahlt.

Das Bremische Besoldungsgesetz wurde zum 1. Januar 2014 geändert, seitdem ist die Bezahlung neu eingestellter Beamter an die Berufserfahrung gekoppelt. Leider entsteht der Eindruck, so der dbb bremen, dass die Änderung des Bremischen Besoldungsgesetzes zur Personalkostenreduzierung genutzt werde, weil die Anrechnungsfähigkeit von Erfahrungszeiten, wie Berufsausbildung oder Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter, kaum oder gar nicht von der Behörde anerkannt wird.



Bild: dbb bremen

Bernd Ehlers, Personalrat an Bremer Schulen und Fachberater berufsbildende Schulen des Bremer Philologenverbandes bedauert, dass der Personalrat kein Mitbestimmungsrecht bei der Anerkennung von Erfahrungszeiten im Rahmen der Festsetzung des Grundgehalts bei Beamten hat. Diese hochqualifizierten Lehrer braucht aber Bremen, um hochwertigen Unterricht sicher zu stellen.

Deshalb appelliert der Bremer Philologenverband an die Senatorin für Kinder und Bildung als oberste Dienstbehörde sich dafür einzusetzen, einen großzügigen Beurteilungsspielraum für die Anerkennung der hauptberuflichen Zeiten als Vorgabe für die Ermessensentscheidung der Performa Nord (Personaldienstleistungen) zu geben. Nur so kann eine weitere Abwanderung von Lehrern aus Bremen in andere Bundesländer verhindert werden. In diesem Zusammenhang hat auch das Bremer Verwaltungsgericht vor kurzem die Bezahlung einiger höherer Beamter für evident unzureichend und unvereinbar mit dem Grundgesetz einstuft und deshalb das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet.

BPV

dbb nordtreff

In diesem Jahr hatte der dbb Mecklenburg-Vorpommern zum Nord Treff nach Rostock eingeladen. Das Treffen fand im Rahmen der Sail 2016 statt.

An dem Nord Treff in Rostock am 11.08.2016 nahmen vom dbb bremen der Landesbundvorsitzende Jürgen Köster, der stellvertretende Vorsitzende Uwe Ahrens und der Geschäftsführer Dieter Rybka teil.



*Bild: Windmüller dbb
v.l.: Konzak von der BBank (offizieller Sponsor) und
Dietmar Knecht (Vorsitzender M-V)*

Dietmar Knecht (dbb Mecklenburg-Vorpommern) begrüßte die Teilnehmer, darunter etliche Bundesvorstandsmitglieder, auf dem Schiff.

Mit dem Windjammer „Mercedes“ wurde dann ein Segeltörn veranstaltet.



Bild: dbb M-V

Zunächst ging es die Warnow hinunter. Dann über die Mole Warnemünde mit Leuchtturm hinaus auf die offene Ostsee. Bei Windstärke 5-6 ging es dann ganz schön zur Sache. Trotz Seemannsgang war ein Abstützen und Festhalten an festen Gegenständen sehr angebracht.

Alle Teilnehmer hatten es aber gut überstanden. Dies lag auch vielleicht an der musikalischen Unterstützung durch einen Akkordeonspieler. Der wurde natürlich gesanglich unterstützt von unserem Landesbundvorsitzenden Jürgen Köster (siehe Foto).



Bild: Windmüller dbb

Insgesamt war es ein lohnendes Zusammentreffen mit den anderen Landesbünden, das im nächsten Jahr vom dbb Hamburg fortgeführt werden soll.

dr

dbb bremen trauert um

Volker Schiffler

der am 19. Juli 2016 im Alter von 79 Jahren verstorben ist.

Volker Schiffler war ein beliebter und sympatischer Kollege.

Er war über lange Jahre Mitglied im Bremer Philologenverband (PhV)

und Schatzmeister im Bund der Ruhestandsbeamten,

Rentner und Hinterbliebenen (BRH)..

Darüber hinaus hatte er den Vorsitz bei der Bremer Sozietät für Beamte und Behördenangestellte e.V.

Der Deutsche Beamtenbund - Landesverband Bremen - wird Kollege Schiffler stets ein ehrendes Andenken bewahren

dbb Bürgerbefragung 2016:

Deutsche wollen „starken Staat“ und einheitliche Beamtenbesoldung



Bild: Marco Urban

Die Bürger in Deutschland wollen einen „starken Staat“ (72 Prozent) und sind zu fast zwei Dritteln davon überzeugt, dass die Ausgaben für den öffentlichen Dienst angemessen sind (in 2007 zu 37 Prozent, 2016 zu 64 Prozent). Das sind zwei der wesentlichen Ergebnisse der am 23. August 2016 in Berlin vorgestellten zehnten „Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“.

Die Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut forsa im Auftrag des dbb durchgeführt. Im Ranking der belieb-

testen Berufe liegen mit Feuerwehrleuten (93 Prozent), Ärzten und Pflegern (87 Prozent) oder Polizisten bzw. Erziehern (82 Prozent) auch 2016 die öffentlich Bediensteten ganz vorn. Die größten Gewinner im Beruferanking der Deutschen (seit 2007) arbeiten bei der Müllabfuhr (+10 Prozent) oder als Briefträger (+8 Prozent), Lehrer und „Beamte“ (+7 Prozent).

In der diesjährigen dbb Umfrage wurden die Deutschen zudem über ihre Kenntnisse und Einstellungen zu Aspekten des Föderalismus gefragt. Obwohl 61 Prozent der Bundesbürger finden, dass sich die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern bewährt hat, können die meisten Befragten außer dem Thema „Bildung“ kaum weitere Länderkompetenzen benennen. Gleichzeitig fordert die Mehrheit eine einheitliche Bundeskompetenz bei Themen wie Strafvollzug, Steuer- und Finanzpolitik, Beamtenbesoldung, Schule und Polizei. „Das ist ein interessanter Widerspruch“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt das Ergebnis am 23. August 2016 in Berlin: „Abstrakt sind die Menschen für weitgehende Kompetenzaufteilung, konkret wollen sie aber gleichzeitig Bundesvorgaben für landesweit einheitliche Standards und Regelungen.“

Die
Debeka-Vorsorge-
Innovation 2016

Chancenorientierte Rentenversicherung mit Fondskomponenten

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

Debeka Versichern und Bausparen

Die zeitgemäße und intelligente Altersvorsorge.
Informieren Sie sich jetzt.

Debeka – anders als andere.

www.debeka.de/socialmedia

Landesgeschäftsstelle Bremen
Ostertorstraße 36
28195 Bremen
Telefon (04 21) 3 65 03 - 0

Generell, so der dbb Chef, habe auch die zehnte Auflage der dbb Bürgerbefragung die positive Imageentwicklung von öffentlichem Dienst und Beamtenschaft bestätigt. Dauderstädt: „Vor allem beim Beamtenimage gibt es eine nachhaltige Verbesserung. Positive Attribute, wie

‚verantwortungsbewusst‘ oder ‚zuverlässig‘ werden den Beamten von Jahr zu Jahr öfter zugeschrieben. Negative Eigenschaften, wie ‚arrogant‘, ‚ungerecht‘ und ‚überflüssig‘ werden immer weniger genannt. Das ist ein sehr ermutigendes Zeichen!“

dbb bund

Seniorenfahrt nach Bremerhaven

Am 03.08. startete die Seniorengruppe des dbb bremen in die Seestadt Bremerhaven. Zunächst wurde die Produktionsstätte der Firma Fischfeinkost Abelmann im Fischereihafen besichtigt. Dies ging nur mit vorheriger Einkleidung in einen sterilen Ganzkörperanzug.



Vor dem Mittagessen starteten wir dann zu einer einstündigen interessanten Hafentrundfahrt (Kaiserhafen usw. bis zu den Autotransportern).

Bild: dbb bremen

Im Anschluß gab's Mittagessen in der Gaststätte „Treffpunkt Kaiserhafen“. Man kann auch sagen „Letzte Kneipe vor New York“.

Nach dem Mittagessen ging die Fahrt mit Bus weiter zum Mediterraneo. Dort hatten die Teilnehmer ca. 2 Stunden Zeit zur freien Verfügung.



Bild: dbb bremen

Weiter ging es dann noch zum Schaufenster Bremerhaven. Hier konnten noch Einkünfte, z.B. Fischfeinkost der Fa. Abelmann, getätigt werden.

Rundherum zufrieden konnte die Heimfahrt nach Bremen angetreten werden.

Vor dem Nachhauseweg in Bremen wurde von Kurt Scherff noch eine Kleinigkeit aus dem Hause Abelmann an die Teilnehmer verteilt.

dr



Bild: dbb bremen

Bericht zur Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung am 27.10.2016 in Berlin

Die Landesseniorenvertretung des dbb Landesbund Bremen hat für die Mitglieder seit März d.J. diverse Veranstaltungen durchgeführt.

Für die Mitglieder des Ortsverbandes Bremerhaven wurde im Juni eine Spargelfahrt nach Bremen organisiert, die mit einem Besuch im Altstadtviertel „Schnoor“ begann und später in einem Lokal an der Weser beendet wurde. An den in Bremen durchgeführten Veranstaltungen nahmen bisher leider nur 6 Mitglieder aus Bremerhaven teil.

Im März gab es einen sehr gut besuchten Vortrag über Neuerungen zur Pflege in 2016/17.

Im April fand auch für eingefleischte Bremer eine interessante Führung im „Geschichtenhaus“ im Schnoor statt.

Im Zentrum für Marine Umweltwissenschaften der Universität Bremen „Marum“ fand im Mai eine sehr interessante Führung statt, in der wir auch einen Blick auf Millionen Jahre alte Bohrkernkerne vom Meeresboden werfen konnten. Dazu gab es Erläuterungen zu den auffälligen Strukturen in den Proben mit den Altersangaben. Später hatten Teilnehmer die Gelegenheit am Simulator die Unterwassergeräte zur Entnahme von Bodenproben zu steuern, die wir zuvor im Original sehen konnten.

Im Juli fand eine Tagesfahrt zu „Dr. Oetker“ nach Bielefeld und im August nach Bremerhaven statt. Dabei gab es die Besichtigung eines Fischverarbeitungsbetriebes, eine Hafenrundfahrt und Mittagessen in der „Letzte Kneipe vor New York“ sowie freie Zeit für Aktivitäten (Zoo, Klimahaus, Schifffahrtsmuseum, Auswandererhaus, Mediterraneum).

Am 02. September starteten wir zur beliebten Fahrt in die blühende Heide. In Schneverdingen konnten die Teilnehmer auf den Bänken des Schulmuseums sitzen und dem Lehrer im Unterricht aus alten Zeiten folgen und in Erinnerungen schwelgen. Zur Heidefahrt gehört natürlich ein gutes Mittagessen und später Butterkuchen und Kaffee satt. Aufgelockert wurde der Tag mit einer Kutschfahrt durch die herrliche Heidelandschaft in „Büsenbachtal“.

Wetten, wir sind günstiger?!

50 Euro sind Ihnen sicher

Wir wetten, dass Sie bei einem Wechsel von mindestens drei Versicherungen, z. B. Ihrer Hausrat-, Haftpflicht- und Unfallversicherung, zur HUK-COBURG mindestens 50 Euro im Jahr sparen.

Verlieren wir die Wette, erhalten Sie einen Einkaufsgutschein von Amazon im Wert von 50 Euro, ohne weitere Verpflichtung.

Rufen Sie an und vereinbaren Sie einen Vergleichstermin!

Die Teilnahmebedingungen finden Sie unter www.HUK.de/checkwette

Kundendienstbüro
Helgard Sydow
Tel. 0421 5229995
helgard.sydow@HUKvm.de
Buntentorsteinweg 10
28201 Bremen
Mo.–Fr. 8.00–12.00 Uhr
Mo., Di., Do. 15.00–18.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbüro
Rosemarie Althoff
Tel. 0421 623040
rosemarie.althoff@HUKvm.de
Friedrich-Humbert-Str. 122
28759 Bremen
Mo.–Fr. 8.00–12.00 Uhr
Mo., Di., Do. 16.00–18.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbüro
Peter Borchers
Tel. 0421 69623760
peter.borchers@HUKvm.de
Leher Heerstr. 55
28359 Bremen
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr
Mo., Di., Do. 15.00–18.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbüro
Marek Migacz
Tel. 0421 454665
marek.migacz@HUKvm.de
Hemelinger Bahnhofstr. 11
28309 Bremen
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr
Mo.–Do. 15.00–18.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Kundendienstbüro
Jens Ahlers
Tel. 0471 200056
jens.ahlers@HUKvm.de
Reitkamp 2
27570 Bremerhaven
Mo.–Fr. 9.00–13.00 Uhr
Mo., Di., Do. 16.00–18.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Wir vom Seniorenvorstand bemängeln die immer noch nicht befriedigende Weitergabe unseres Veranstaltungsprogramms durch die Fachgewerkschaften an die bei ihnen organisierten Ruheständler. Die Veran-

staltungen werden nur von den Mitgliedern in folgenden Gewerkschaften besucht: DPVKOM, DSTG, BRH, BDZ und VBB.

Kurt Scherff

Arbeitszeitdialog

Silberbach: Beschäftigte wollen Arbeitszeit-Souveränität



Bild: dbb

Arbeit weiter denken - Arbeiten 4.0

Eine deutliche Ausweitung der Arbeitszeit-Souveränität hat dbb Vize Ulrich Silberbach gefordert. „Der digitale Wandel der Arbeitswelt bietet die große Chance, flexibel auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Beschäftigten und ihre individuellen Lebenssituationen zu reagieren“, sagte Silberbach beim Arbeitszeitdialog des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) am 30. August 2016 in Berlin.

„Diese Chance sollten Sozialpartner und Gesetzgeber in einem gemeinsamen Prozess, der allen Belangen und Erfordernissen angemessen Rechnung trägt, gemeinsam nutzen.“ Die Bedürfnisse der Beschäftigten an die Arbeitswelt hätten sich gewandelt, machte Silberbach deutlich. „Abhängig von der jeweiligen Lebenssituation besteht der Wunsch, die Arbeitszeit flexibel anzupassen, um sich insbesondere mehr Zeit für die Familie, für Weiterbildung oder für ein Ehrenamt nehmen zu können. Die bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen lassen eine selbstbestimmte Arbeitszeit-Souveränität derzeit nicht zu. Dies ist aber eine wichtige Voraussetzung, um den veränderten Ansprüchen an Arbeit gerecht zu werden, nicht zuletzt ist sie ein wesentliches Attraktivitätskriterium bei der Arbeitgebersuche.“ Bausteine könnten hier etwa die Weiterentwicklung des Teilzeitrechts um neue Varianten, je nach sozialpolitischer Schwerpunktsetzung auch mit finanzieller Unterstützung, oder etwa Wahlarbeitszeit und zusätzliche Freistellungsmöglichkeiten sein.

Auch die Bestimmung des Arbeitsortes werde künftig eine größere Rolle spielen, sagte Silberbach. „Hier wird

genau zu prüfen sein, ob der Beschäftigte durch die Telearbeit oder mobile Arbeit ent- oder belastet wird, auch die Auswirkungen für die Kollegen im ‚Normalbetrieb‘ sind zu bedenken.“ Besonderer Anstrengungen und Kreativität bedürfe es zudem bei denjenigen Berufs- und Beschäftigtengruppen, die ihre Arbeit zwingend unmittelbar am Menschen verrichten, insbesondere in Heil-, Pflege-, Erziehungs- und Sozialberufen. „Auch diesen Kollegen muss eine höhere Selbstbestimmung bei der Wahl von Arbeitszeit und Arbeitsort ermöglicht werden.“

„Für alle Freiräume, die durch den technologischen Fortschritt neu entstehen, sind gleichwohl Rahmenbedingungen notwendig, die die Beschäftigten schützen“, betonte der dbb Vize. So fehlten bislang effektive gesetzliche oder betriebliche Regelungen zum Umgang mit „ständiger Erreichbarkeit“. „Wir müssen sicherstellen, dass Flexibilität nicht zu einer Entgrenzung der Arbeit führt“, forderte Silberbach. Außerdem müssten „klassische Flexibilitäts-Fallstricke“ in Zukunft unbedingt vermieden werden: „Insbesondere Frauen dürfen aufgrund von Kindererziehung oder Angehörigenpflege und der damit verbundenen Teilzeitphase oder Erwerbspause nicht in die Altersarmutsfalle geraten“, mahnte der dbb Vize.

Der „Arbeitszeitdialog“ ist Teil des Dialogprozesses „Arbeit 4.0“ zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft, den das BMAS bis Ende 2016 führt. Sozialpartner, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft diskutieren hier die Herausforderungen und Chancen der modernen Arbeitswelt.



Für Beamtinnen und Beamte
des Landes Bremen
Gültig ab 1. Juli 2016

dbb beamtenbund und tarifunion
landesbund bremen
Kontorhaus, Rembertstr. 28
28203 Bremen
Telefon 0421.70.00.43
dbb.bremen@wbmail.de
Internet: www.dbb-bremen.de

© dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesgeschäftsstelle,
Geschäftsbereich Besoldung und Versorgung

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Mehr Informationen? Gernel!
www.bbbank.de oder unter
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Wesentliche Stellenzulagen (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016

Besoldungsordnungen A und B		Vorbemerkungen		Beitrag in Euro	
Nummer 67 Abs. 1	Polizei-/Feuerwehrzulage	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr von zwei Jahren		63,69	127,38
Nummer 8	Zulage bei Justizvollzugsanstalten und psychiatrischen Krankenanstalten			95,53	
Nummer 9 Abs. 1	Außenprüferzulage	Die Zulage beträgt für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1		17,05	
Nummer 12	Allgemeine Stellenzulage	Buchstabe a	Doppelbuchstabe aa	38,35	20,06
		Buchstabe b	Doppelbuchstabe bb	78,47	87,21

Mehrarbeitsvergütung (Beträge in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016

§ 4 Abs. 1 MWergV		§ 4 Abs. 3 MWergV	
Besoldungsgruppe A 3 bis A 4	12,20	Nummer 1	18,39
Besoldungsgruppe A 5 bis A 8	14,41	Nummer 2	22,81
Besoldungsgruppe A 9 bis A 12	19,77	Nummer 3	27,07
Besoldungsgruppe A 13 bis A 16	27,27	Nummern 4 und 5	31,64

Antszulagen (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016

Besoldungsgruppe	Fußnote	Beitrag in Euro
A 4	2	69,10
A 5	2	69,10
A 6	2	37,45
A 9	1	278,90
A 10	3,4	25,56
A 11	1,2	25,56
A 12	3	25,56
A 12 a	7	157,91
	2	25,56
	5	157,91
A 13	1, 9, 10	276,30
	12	189,43
	14 – kw –	170,52
	15	85,03
A 14	2	189,43
A 15	1	126,31
	4	189,43
	6	315,67
	7 – kw –	350,22
A 16	3	211,67

Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten, (je Stunde in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016
(§ 4 Abs. 1 Nr. 1 EZuV)

an Sonntagen, gesetzlichen Wochentagfeiertagen und an Samstagen vor Ostern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie für den 24. und 31. Dezember, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen	3,32
---	------

© dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesgeschäftsstelle, Geschäftsbereich Besoldung und Versorgung.
Diese Darstellung unterliegt den Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes (UrhG).

Besoldungsordnung A Grundgehaltsätze (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016

BesGr.	2-Jahres-Rhythmus			3-Jahres-Rhythmus			4-Jahres-Rhythmus					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 3	1.955,27	2.000,63	2.045,98	2.091,33	2.136,71	2.182,08	2.227,43					
A 4	1.997,03	2.050,45	2.103,82	2.157,25	2.210,65	2.264,04	2.317,41					
A 5	2.012,22	2.080,60	2.133,73	2.186,85	2.239,98	2.293,10	2.346,23	2.399,38				
A 6	2.057,12	2.115,45	2.173,78	2.232,12	2.290,45	2.348,80	2.407,13	2.465,47	2.523,79	2.582,13		
A 7	2.142,39	2.194,82	2.268,22	2.341,62	2.415,03	2.488,42	2.561,85	2.614,24	2.666,69	2.719,13		
A 8	2.269,30	2.332,01	2.426,07	2.520,15	2.614,20	2.708,31	2.771,01	2.833,70	2.896,44	2.959,14		
A 9	2.410,13	2.471,83	2.572,22	2.672,62	2.773,01	2.873,42	2.942,41	3.011,47	3.080,48	3.149,50		
A 10	2.567,87	2.673,63	2.802,23	2.930,89	3.059,53	3.188,16	3.273,92	3.360,22	3.447,93	3.535,65		
A 11		2.964,62	3.093,11	3.221,61	3.350,43	3.481,68	3.569,50	3.657,13	3.744,78	3.832,41		
A 12			3.327,36	3.463,30	3.640,61	3.827,92	3.901,79	4.006,27	4.110,75	4.215,23	4.319,70	
A 12 a				3.578,73	3.557,56	3.736,38	3.915,23	4.034,46	4.153,65	4.272,87	4.392,07	
A 13					3.892,65	4.061,87	4.231,08	4.400,29	4.569,54	4.738,79	4.908,04	
A 14						4.133,29	4.352,74	4.572,18	4.718,47	4.864,78	5.011,08	
A 15							4.775,14	5.016,41	5.209,43	5.402,44	5.595,46	
A 16								5.261,97	5.540,99	5.764,26	5.987,50	6.210,70
											6.433,96	6.657,19

Besoldungsordnung B Grundgehaltsätze (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016

BesGr.	2-Jahres-Rhythmus			3-Jahres-Rhythmus			4-Jahres-Rhythmus					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
B 1	5.981,53	6.939,63	7.345,25	7.770,07	8.257,45	8.717,74	9.165,45	9.632,07	10.211,47	12.010,73	12.474,45	

Besoldungsordnung W Grundgehaltsätze (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016

BesGr.	2-Jahres-Rhythmus			3-Jahres-Rhythmus			4-Jahres-Rhythmus					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
W 1	4.160,12											
W 2												
W 3												

© dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesgeschäftsstelle, Geschäftsbereich Besoldung und Versorgung.
Diese Darstellung unterliegt den Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes (UrhG).

Anwärtergrundbetrag (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1.063,37
A 9 bis A 11	1.116,68
A 12	1.261,84
A 13	1.294,39
A 13 + Zulage (Nummer 12 Buchst. b der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.330,17

Jährliche Sonderzahlung (Auszahlung mit den Dezemberbezügen) (Beträge in Euro)

aktive Beamtinnen und Beamte bis zur BesGr. A 8	840,00
BesGr. A 9 bis A 11	710,00
Beamte mit erstmaligen Ansprüchen nach dem 31. Dezember 2005	3 Jahre keine Sonderzahlung

Familienzuschlag (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Juli 2016

Besoldungsgruppen A 3 bis A 8	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)		Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)	
	122,62	233,10	128,96	239,24
übrige Besoldungsgruppen	128,96	239,24		
Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 110,28			110,28	
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 343,59			343,59	

Erhöhungsbeträge für Besoldungsgruppen A 3 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 3 bis A 9 um je 5,11

ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in der Besoldungsgruppe A 3 um je 25,56

in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45

in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

dbb geschäftsführenden Vorstand bei Bürgermeister Sieling



Bild: dbb bremen

v.l. Uwe Ahrens, Winfried Noske, Bürgermeister Sieling, Jürgen Köster, Dieter Rybka

Am 11. Mai 2016 empfing Bürgermeister Sieling den geschäftsführenden Vorstand des dbb bremen zu einem ersten Meinungsaustausch. Dies sollte auch gleich der Antrittsbesuch unseres Landesbundvorsitzenden Jürgen Köster sein.

Es wurden aktuelle Themen erörtert, wie

- Beförderungstermin 2016
Dr. Sieling bestätigte den 01.07. als Beförderungstermin. Ende Juni wird sich die Bremische Bürgerschaft damit befassen. Es soll keine rechtliche Schlechterstellung erfolgen.
- Versorgung der bremischen Beamten
Der dbb bremen begründete seine Auffassung, dass die Absenkung in 2013/2014 um jeweils 0,2 Prozent nicht rechtens ist. Insgesamt fließt dieses Thema auch in den Gesamtkomplex zur amtsangemessenen Alimentation ein, das zurzeit zur Entscheidung bei den Gerichten liegt.
- Bürgernahe Verwaltung/Stadtamt
- Zulage Feuerwehr/Polizei (Ruhegehaltsfähigkeit)
- Forderung des dbb, die Auszubildenden in der Fachrichtung Justiz nach Abschluss der Ausbildung als Beamtin oder Beamter zu übernehmen und nicht in einem ArbeitnehmerIn-Verhältnis.

Erörtert wurde auch die Haushaltslage Bremens, insbesondere die jetzige zweigleisige Haushaltsaufstellung im Zusammenhang mit den Kosten für die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge. Hier liegt eine außergewöhnliche Notsituation vor und begründet nach Auffassung des Senats einen Ausnahmefall im Sinne des Konsolidierungsgesetzes. Zu diesem Ergebnis kommt auch Prof. Dr. Stefan Koriath von der Ludwig-Maximilians-Universität München in seiner rechtsgutachterlichen Stellungnahme. Dies Gutachten stellt die Senatskanzlei dem dbb bremen zur Verfügung.

dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST

Beamte: Mehr Einheitlichkeit bei Besoldung und Dienstrecht

Der dbb fordert für Beamte mehr Einheitlichkeit bei der Besoldung und im Dienstrecht. „Wir haben mit Bund und Ländern heute 17 verschiedene Gesetzgeber. Die Arbeitsbedingungen für Beamte sind ein entsprechend kleinteiliger Flickenteppich“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra am 25. Mai 2016.

„Bezahlung, Arbeitszeit oder Karrierewege sind nur einige Beispiele dafür. Dieser Föderalismus tut Deutschland nicht gut“, so Benra zur Eröffnung des dbb forums ÖFFENTLICHER DIENST. Das neue Veranstaltungsformat widmet sich in diesem Jahr dem Thema „Zehn Jahre Föderalismusreform(en)“.

Die 2006 von Bundestag und Bundesrat beschlossene Föderalismusreform war ein erster großer Schritt zur Neuordnung der Beziehung zwischen Bund und Län-

dern, 2009 folgte der zweite. Damit wurde die Gesetzgebungskompetenz für wesentliche Teile des Beamtenrechts vom Bund auf die Länder übertragen. „Wir haben schon vor der Verabschiedung eindringlich vor den Konsequenzen gewarnt“, erinnerte Benra. „Der entstandene Wettbewerbsföderalismus hat den Kampf um die besten Köpfe zwischen den Dienstherrn befeuert, obwohl die wirtschaftlicher Bedingungen höchst unterschiedlich sind. Die Folge: Finanzschwache Bundesländer geraten immer stärker ins Hintertreffen. Das darf nicht sein. Denn es geht hier um wesentliche Pfeiler der flächendeckenden Daseinsvorsorge wie etwa Bildung, Sicherheit und eine bürgernahe Verwaltung.“ Letztlich sei dies eine Gefahr für die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. „Staatliche Fürsorge darf qualitativ wie quantitativ keine Frage der Himmelsrichtung sein.“

dbb bund

dbb-Spitze bei Bremer SPD



Bild: dbb bremen

Am 29.06.2016 traf sich die dbb bremen-Spitze zu einem Meinungsaustausch in den Räumen der Bremer SPD Organisation. Da der Vorsitz in der Bremer SPD gerade gewechselt hatte konnte Jürgen Köster als neu gewählter dbb Landesvorsitzender gleich seine Vorstellungsrunde mit einem Kennenlernen der neuen SPD Vorsitzenden Sascha Aulepp verbinden.

Weitere Teilnehmer waren

- Elias Tsartilidis - stellvertr. Vorsitzender SPD
- Anja Schiemann - Beisitzerin SPD
- Uwe Ahrens - stellvertr. Vorsitzender dbb bremen
- Winfried Noske - Schatzmeister dbb bremen
- Dieter Rybka - Geschäftsführer dbb bremen

v.l. Winfried Noske, Jürgen Köster, Elias Tsartilidis, Sascha Aulepp, Uwe Ahrens, Dieter Rybka, Anja Schiemann

Inhaltlich berührte das Gespräch weitestgehend beamten- und personalrechtliche Fragen. Dies waren u.a.

- Übertragung von Tarifabschlüssen auf Beamte
- Beförderungen
- Probleme der PR-Vertretungen
- Aktuelles im Gesetzgebungsverfahren befindliche Besoldungs/Beamtengesetz
- Beamtenrechtliche Versorgung

Das Gespräch fand in einer angenehmen Atmosphäre statt.

Weitere Treffen sollen folgen.

Bremer Blaulichtfraktion beim Kasernenfest

2016 war es endlich soweit: Die in der Scharnhorst-Kaserne Bremen beheimatete Blaulichtfraktion lud zum Kasernenfest! Im Vorjahr wegen der Flüchtlingslage kurzfristig abgesagt, konnte am 25. August 2016 bei hochsommerlichen Temperaturen das erste gemeinsame Fest zusammen mit rund 500 Besuchern gefeiert werden.



(Quelle: LKdo HB/Bohlmann)

Gemäß dem Motto des Landeskommandos „Gemeinsam stark für Bremen!“, hatten die drei in der Scharnhorst-Kaserne angesiedelten Dienststellen der Bundeswehr, Landespolizei und Feuerwehr gemeinschaftlich zum Kasernenfest geladen. Dabei betonten sowohl der Kommandeur des Landeskommandos, Oberst Claus Körbi, als auch Polizeipräsident Lutz Müller in ihren Grußworten, dass die aktuellen Herausforderungen der veränderten Bedrohungslage die vermehrte Kooperation aller Sicherheits- und Katastrophenkräfte erfordert. Das Kasernenfest sollte dabei auch als Impulsgeber wirken, die Zusammenarbeit innerhalb der Blaulichtfraktion weiter zu intensivieren. Dabei hatten die drei Dienststellen keine Mühen gescheut, um den rund 500 Gästen viel Abwechslung und Entertainment zu bieten.

Der Landesbundvorsitzende Jürgen Köster vertrat den dbb bremen auf dieser Veranstaltung und gehörte zu den zahlreich begrüßten Ehrengästen.

Auf der Rasenfläche inmitten der Kaserne stellten die Dienststellen ihr Arbeitsgerät zur Schau.

Untermalt wurde die Veranstaltung von verschiedenen musikalischen Höhepunkten, die für jeden Geschmack etwas boten.



(Quelle: LKdo HB/Bohlmann)

v.l.: Branddirektor Knorr, K. Buchfink (VBB), dbb-LB-Vorsitzender J. Köster, Polizeipräsident Müller, Oberst Körbi

Bund beschließt Besoldungsanpassung und Versorgungsrücklage

dbb: Zusagen wurden eingehalten



Foto: Marco Urban

Mit seiner Beschlussfassung zum Entwurf des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes hat das Bundeskabinett am 13. Juli 2016 eine wichtige Weichenstellung in der aktuellen Einkommensrunde für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen, Richter, Soldatinnen und Soldaten auf Bundesebene vorgenommen. „Die Bundesregierung hält Wort“, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Hans-Ulrich Benra.

Wie von Bundesinnenminister Thomas de Maizière zugesichert, sieht der Gesetzentwurf - unter Beachtung der Unterschiede zwischen Tarif- und Beamtenrecht - eine zeit- und inhaltsgleiche Umsetzung der Tarifeinigung vor, die Ende April 2016 in Potsdam für die Tarifbeschäftigten des Bundes erzielt worden war. Die Besoldung für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten wird deutlich erhöht, und auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger werden einbezogen. „Einmal mehr wird damit der Dienstherr Bund seiner Verantwortung gerecht“, sagte Benra. „Seine Wertschätzung gilt sowohl den Tarifbeschäftigten, als auch den Beamten und Versorgungsempfängern.“

Der Gesetzentwurf, der noch vom Bundestag beraten und verabschiedet werden muss, sieht vor, die Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Bundes sowie Soldatinnen und Soldaten in zwei Schritten am 1. März 2016 um 2,2 Prozent beziehungsweise ab 1. Februar 2017 um 2,35 Prozent linear zu erhöhen. „Wir würdigen ausdrücklich, dass der Bund im Unterschied zu einigen Ländern die dort zu beobachtende Neigung vermeidet, die Anpassung von Besoldung und Versorgung zeitlich zu verschieben, über mehrere Jahre durch 1 Prozent Steigerungen Minimalzuwächse festzuschreiben beziehungsweise einzelne Besoldungsgruppen ganz von Besoldungssteigerungen auszuschließen“, lobte Benra. Der dbb erkenne zudem an, dass in den Gesetzentwurf auch die Ergänzung aufgenommen wurde, dass bei mehreren, zeitlich gestaffelten Erhöhungen der Besoldung und Versorgung

die Verminderung um 0,2 Prozentpunkte (zur Bildung von Versorgungsrücklagen) ab sofort nur noch beim ersten Schritt erfolgen soll – also bei der tariflich vorgesehenen Anpassung von 2,4 Prozent zum 1. März 2016. Dies ist möglich geworden, weil die Bundesregierung zugleich auch die Fortführung der Versorgungsrücklage über das Jahr 2017 hinaus beschlossen hat. Erfreulich ist dabei ebenso, dass auch die dbb-Kritik am ursprünglich beabsichtigten langen Zeitraum der Weiterführung der Versorgungsrücklage bis zum Jahr 2031 Wirkung gezeigt habe. Benra: „Auch wenn der Bund mit der Fortsetzung der Versorgungsrücklage seiner Verantwortung für die nachhaltige Finanzierung der Altersversorgung seiner Beamten gerecht wird, legen wir Wert auf die Einhaltung des bisherigen Rahmens. Deshalb ist die Begrenzung auf das Jahr 2025 sinnvoll und notwendig. Auf diese Weise kann auch die weitere Entwicklung nach der bis 2024 vorgeschriebenen gesetzlichen Evaluierung der Versorgungsrücklage berücksichtigt werden.“

Wenn das Gesetz nach der parlamentarischen Sommerpause in der vorliegenden Form den Bundestag passiert, werde damit am bewährten Gleichklang der Statusgruppen festgehalten. „Und es wird gewährleistet, dass Tarifbeschäftigte und Beamte auf Bundesebene an der allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung in gleicher Weise teilhaben. Das wissen die Kolleginnen und Kollegen zu schätzen“, sagte Benra. Positiv hervorzuheben sei auch, dass mit dem Kabinettsbeschluss eine Abschlagszahlung / Abschlagszahlungen verfügt wurde/n.

dbb bund

Kostenfreies Bezügekonto der BBBank:

Jetzt wechseln und 100 Euro

Startguthaben kassieren

„Bank des Jahres“- das dritte Mal in Folge hat die BBBank den Titel gewonnen und damit den Spitzenplatz als „Beste überregionale Filialbank“ bei einer bundesweiten Onlinebefragung des Deutschen Instituts für Service-Qualität und des Nachrichtensenders n-tv belegt. Dieses Ergebnis feiert die BBBank mit ihren Kunden und denen die es werden möchten: 100 Euro Startguthaben können sich dbb-Mitglieder und Angehörige bis Ende dieses Jahres bei Eröffnung eines Bezügekontos sichern.

Seit ihrer Gründung steht die BBBank in der guten Tradition der deutschen Beamtenbanken. Mittlerweile hat sich die Bank zwar allen Berufsgruppen geöffnet, ist aber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in besonderer Weise verbunden. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der langjährigen Partnerschaft mit dem dbb vorsorgewerk, die durch die Aktion 100 Euro-Startguthaben noch einmal unterstrichen wird.

Kontowechsel leicht gemacht

Ein Wechsel zum Bezügekonto der BBBank ist dank des kostenfreien Online-Kontowechselservice – den es übrigens auch als praktische App fürs Mobiltelefon oder das Tablet gibt - schnell erledigt und sorgt dafür, dass Lastschriften, Daueraufträge und Limits problemlos weiterlaufen. Bei Bedarf sorgt der zinsgünstige Abruf-Dispokredit für zusätzlichen finanziellen Spielraum.

Mitglieder der 43 Mitgliedsgewerkschaften und 16 Landesbünde des dbb beamtenbund und tarifunion sowie ihre Angehörigen profitieren über das dbb vorsorgewerk und seinem langjährigen Bankpartner von Sonderkonditionen und preisgünstige Finanzierungslösungen: Neben dem kostenfreien Bezügekonto mit allen Leistungen des modernen Zahlungsverkehrs bietet der Riester-Fondssparplan – übrigens mit 30 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag – gute Ertragschancen der weltweiten Aktien- und Rentenmärkte sowie staatliche Förderung.

Ausgezeichneter Ratenkredit

Neu in der Angebotspalette des dbb vorsorgewerk ist der Ratenkredit der BBBank. Raten- oder Verbraucherkredite boomen dank niedriger Zinsen, da macht auch der öffentliche Dienst keine Ausnahme. Der von der

BBBank als „Wunschkredit“ bezeichnete Ratenkredit hat im Mai 2016 in einem Produktvergleich für die Zeitschrift WirtschaftsWoche unter 23 getesteten Anbietern den 1. Platz in der Kategorie „bonitätsabhängige Filial-Angebote“ belegt.

Die Konditionen können sich dabei sehen lassen. Entsprechende Bonität vorausgesetzt, bietet die BBBank dbb-Mitgliedern und ihren Angehörigen beispielsweise einen Kreditbetrag von 10.000 Euro bei einer Vertragslaufzeit von 60 Monaten zu einem effektiven Jahreszins von 2,86 % (fester Sollzinssatz 2,76 %) per annum an.

Darüber hinaus punktet der Wunschkredit mit kostenfreien Sondertilgungen, Laufzeiten von 24 bis 84 Monaten, wählbaren Ratenpausen und der freien Verwendung zum Beispiel für Anschaffungen, Reisen oder auch die Ablösung von teuren Dispositionskrediten. Für dbb-Mitglieder entfällt im Übrigen die sonst obligatorische Kopplung an das BBBank-Bezügekonto und damit der Beitrag von 15 Euro für die Mitgliedschaft in der genossenschaftlichen BBBank.

Weitere Kreditangebote

„Mit dem Wunschkredit erweitern wir das Produktportfolio unseres Kooperationspartners BBBank – was uns sehr freut – und ergänzen für die dbb-Mitglieder das mittlerweile doch recht beachtliche Angebot an preisattraktiven Darlehen und Verbraucherkrediten. Jeder Interessent ist gut beraten, sich über das dbb vorsorgewerk über Kreditangebote und Mitgliedsbedingungen zu informieren“, empfiehlt Alexander Schrader, Geschäftsführer des dbb vorsorgewerk.

Kompetente Beratung

Die Kollegen der Kundenbetreuung des dbb vorsorgewerk beraten Sie gerne: Mo-Fr von 8.00 - 18.00 Uhr unter 030/ 4081 6444. Ihre Anfrage können Sie auch per Mail an vorsorgewerk@dbb.de senden. Wünsche oder Anfragen zur Kontoeröffnung und zum Wunschkredit leiten wir gerne an die BBBank weiter. Auf Wunsch wird Ihnen auch eine fachmännische Beratung vor Ort vermittelt. Weitere Informationen unter www.dbb-vorteilswelt.de

Ab sofort finden dbb-Mitglieder und Kunden unter der Adresse www.dbb-vorteilswelt.de neben den Versicherungs-, Spar- und Kreditangeboten des dbb vorsorgewerk jetzt auch hochrabattierte Angebote zu Einkauf, Reisen und Autos übersichtlich auf einer Homepage.



Jetzt
100 Euro
dbb-Start-
guthaben¹
sichern!

0,– Euro Bezügekonto² der „Besten Bank“

¹ Für Einzelmitglieder der Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb und ihre Angehörigen; Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto vom 01.08.2016 bis 30.12.2016, Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied sowie 2 Mindestgeldeingänge je 800,– Euro in 2 aufeinander folgenden Monaten – innerhalb von 6 Monaten nach der Kontoeröffnung. Nicht mit anderen Prämien kombinierbar.
² Voraussetzung: Genossenschaftsanteil von 15,– Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice
- ✓ dbb-Vorteil: 100,– Euro Startguthaben¹



BBBank-Filiale Bremen
Hutfilterstraße 16–18
28195 Bremen
Tel. 04 21/3 65 69 37-0



Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst